

Zielscheibe Zahnarzt: Politik reagiert

Bundesjustizministerium schlägt Verschärfung des Strafrechtes vor

Die wachsende Aggressivität von Patienten gegenüber Ärzten, Zahnärzten und Praxismitarbeitern hat endlich auch die Politik erreicht. Das Bundesjustizministerium schlug Ende Dezember eine Verschärfung des Strafrechtes vor, um Menschen, „die für das Gemeinwohl tätig sind", besser zu schützen. Und dazu zählen auch Ärzte und Zahnärzte.

Die KZVB hat bereits 2024 eine Umfrage durchgeführt, an der sich rund 300 Zahnärzte und Praxismitarbeiter beteiligten. Das Ergebnis war alarmierend. 73 Prozent gaben an, dass sie schon einmal beleidigt oder angegriffen wurden. Im Freitextfeld schilderten Betroffene, dass Beleidigungen, Drohungen und unfreundliches Verhalten inzwischen zum Alltag gehörten. Insgesamt habe die Aggressivität unter Patienten seit der Corona-Pandemie zugenommen. Viele kämen schon „geladen" in die Praxis. Der Ton sei merklich rauer, der Umgang respektloser geworden. Ob es um die Maskenpflicht geht oder um nur zum Teil erstattete Kosten – immer schneller geraten offenbar immer mehr Patienten außer sich und gehen auf das Praxisteam los. Mitarbeitende werden den Berichten zufolge bedroht oder es werde ihnen unterstellt, sie würden betrügen, berichten Zahnärzte. Was vor einigen Jahren noch Einzelfälle waren, sei alltäglich geworden.

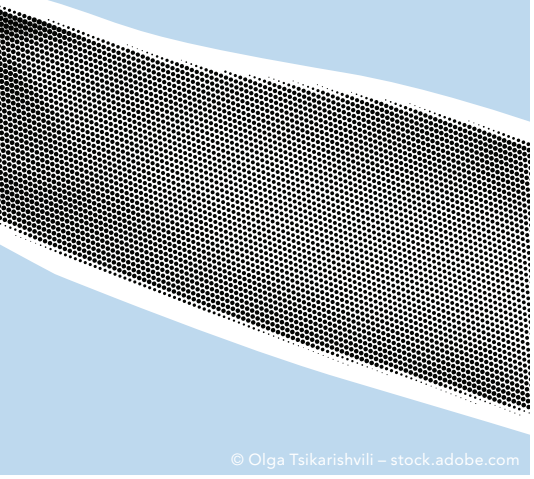
Das „Deutsche Ärzteblatt" kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Über die Hälfte (56 Prozent) der hier rund 1600 Befragten aus medizinischen Berufen gab an, dass Gewaltbereitschaft in ihrem Berufsalltag erkennbar zugenommen habe. 66 Prozent seien schon selbst damit konfrontiert worden. Verbale Übergriffe sind die häufigste Form, sagten 89 Prozent. Doch auch körperliche Gewalt nimmt immer mehr Überhand (49 Prozent). Häufig finden Übergriffe während der Behandlung statt (42 Prozent), in der ambulanten Versorgung aber auch an der Anmeldung und im Wartebereich. Im stationären Feld gelten vor allem die Notaufnahmen und die Stationen als „gefährdet".

Der neue Entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches aus dem BMJ trägt den Titel „Stärkung des strafrechtlichen Schutzes des Gemeinwesens". Auf der Website des Justizministeriums heißt es hierzu: „Insbesondere sollen die Mindeststrafen für Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, Angehörige der Rettungs-

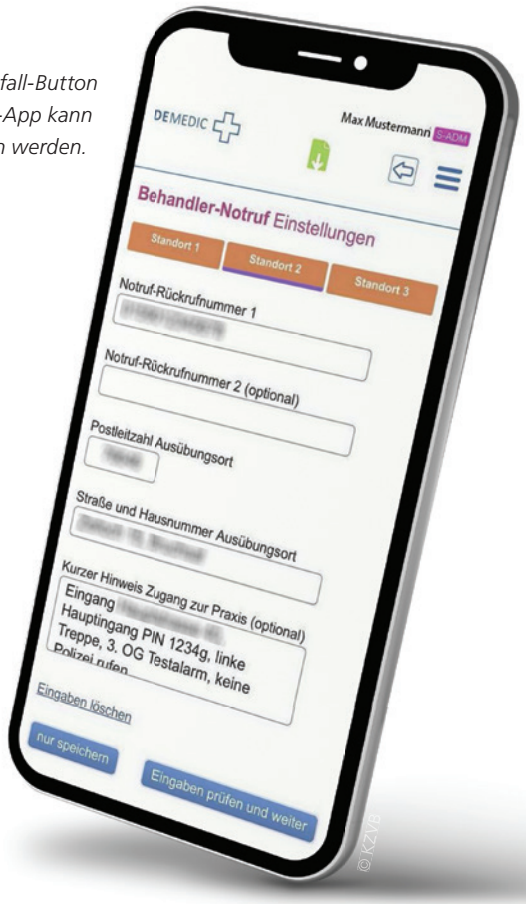


„Menschen, die für das Gemeinwohl tätig sind, sollen strafrechtlich besser geschützt werden", sagt Bundesjustizministerin Dr. Stefanie Hubig.

© Bundesregierung/Sandra Steins



© Olga Tsikarishvili – stock.adobe.com



Über den Notfall-Button der Notdienst-App kann Alarm geschlagen werden.

dienste und der Feuerwehr, Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher erhöht werden. Wer diese Personen tätlich angreift, soll künftig mit einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten statt wie bisher von mindestens drei Monaten bestraft werden; in besonders schweren Fällen soll eine Mindeststrafe von einem Jahr statt wie bisher sechs Monaten drohen. Es soll gesetzlich klargestellt werden, dass auch hinterlistige Überfälle auf die genannten Personen zu den besonders schweren Fällen tätlicher Angriffe gehören. Auch Angriffe auf medizinisches Personal (etwa Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte) sollen künftig strenger bestraft werden.

Körperschaften begrüßen den Entwurf

Die ärztlichen und die zahnärztlichen Körperschaften haben den vorgelegten Entwurf ausdrücklich begrüßt. „Die geplante Strafverschärfung ist richtig und überfällig. Sie stärkt den Schutz aller Beschäftigten im Gesundheitswesen. Der Entwurf ist ein wichtiges Signal des Rechtsstaates an diejenigen, die Verantwortung für die Gesundheit anderer übernehmen. Jetzt kommt es darauf an, dass aus Recht auch schnellstmöglich wirksamer Schutz im Alltag wird“, so der Vorstandsvorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Martin Hendges.

Notfallbutton in der App

Dem pflichtet auch der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott bei. Er verweist zugleich auf die neue Notdienst-App der KZVB, die einen Notfallbutton beinhaltet. Dieser funktioniert auch außerhalb des Notdienstes. Wenn sich eine Zahnärztin oder ein Zahnarzt in der Praxis bedroht fühlt, kann sie/er mit der App unauffällig Hilfe rufen.

Leo Hofmeier
Ingrid Scholz

STIMMEN AUS BAYERISCHEN ZAHNARZTPRAXEN

„Der raue Ton der Patienten, die Respektlosigkeit gegenüber unserem Personal und gegenüber dem Behandler selbst wachsen stetig.“

„Patienten werden fordernder. Beschimpfungen, Drohungen sowohl am Telefon als auch vor Ort in der Praxis sind leider mittlerweile an der Tagesordnung.“

„Patienten, die ohne Termin erscheinen oder mehrere Behandlungen von mehreren Zähnen mit längerer Dauer auf einen kurzen Termin behandelt bekommen wollen, zeigen meistens kein Verständnis für eine Bestellpraxis. Sie werden laut in der Sprache und aggressiv.“

„Wir hätten gerne Deeskalationstrainings und Schulungen zum Umgang mit aggressiven Patienten.“